369

Der Freiheitskämpfer

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

74. Jahrgang – Nr. 78 – Dez. 2025

Nationalratswahlen 1945

Sicherheitsexekutive 1933 bis 1938

Lageberichte aus Niederdonau

Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten, einen angenehmen Jahreswechsel sowie Gesundheit und Zufriedenheit im Jahr 2026!

GEDENKVERANSTALTUNGEN
in Floridsdorf am Spitz, Gedenkstätte Salztorgasse und Landesgericht für Strafsachen

Worte des Chefredakteurs

Das Gedenkjahr 2025 neigt sich dem Ende zu. Doch ein wesentliches Ereignis dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Es sind die Wahlen vom 25. November 1945. Neben dem Nationalrat wurden auch die Landtage in allen Bundesländern gewählt. Helmut Wohnout schildert uns eindruckvoll die Auswirkungen der Ergebnisse vom „Kathreinstag". Dieser Tag legte auch den Grundstein für die ÖVP-Kanzlerschaft der folgenden Jahrzehnte. Christian Moser-Sollmann präsentiert mit dem Sammelband „Alles für Österreich" einen Streifzug durch 80 Jahre Politik der bürgerlichen Mitte.

Unter dem Titel „In alle Winde zerstreut" stellt DI Werner Winterstein das Schicksal seines Vaters und seiner beiden Onkeln nach dem „Anschluss"dar. Das Verhalten der Angehörigen der österreichischen Sichrheitsexekutive nach 1933 behandelt Kurt Bauer auf der Basis umfassender Studien. Tanja Wünsche gibt uns einen Einblick, wie das NS-Regime die Stimmung in der Bevölkerung in Erfahrung brachte.

1945 war nicht nur das Jahr der Befreiung von der nationalsozialistischer Herrschaft, sondern auch der Beginn von zehn Jahren alliierter Besatzung. Für Bewohner Ostösterreichs konnte das die Verschleppung in die Sowjetunion bedeuten. Ein neu überarbeitetes Buch gibt uns Einblick in das Schicksal zweier niederösterreichischer Landtagsabgeordneter. In unserer Serie der Gedenksteine lernen wir zwei weitere Personen kennen. Selbstverständlich dürfen auch nicht Berichte über unsere traditionellen Gedenkveranstaltungen fehlen.

Widerstand ist aber nicht nur ein Thema der Vergangenheit, sondern wir sind auch aktuell damit konfrontiert. Konkret geht es um das Fehlen dieses Themas im Entwurf des neuen Lehrplans für die AHS-Oberstufe. Was wir alle in dieser Angelegenheit tun können, wird im nebenstehenden Beitrag erläutert.

Euer Paul Mychalewicz

Lernt Geschichte – aber welche?

Die mehrfachen Jahrestage (80 Jahre Kriegsende, 70 Jahre Staatsvertrag, 30 Jahre EU-Beitritt) führten im ORF und den Printmedien zu einer ausführlichen Berichterstattung über staatliche Gedenkveranstaltungen, aber auch die zugrundeliegenden Ereignisse. Das ist erfreulich, denn viele geschichtliche Abläufe hatten sich noch nicht entsprechend im kollektiven Gedächtnis der Österreicher festgesetzt. Es wäre natürlich die Aufgabe der Schulen, für dieses Basiswissen der Zeitgeschichte zu sorgen. Das geschieht aber derzeit nicht. Das wirft zwei Fragen auf: Warum ist das der Fall? Und noch wichtiger: Wie kann man das ändern?

Die Lage ist so, weil die Lehrpläne entsprechend aussehen. Lange Zeit war es den Verantwortlichen im Bildungswesen ein Anliegen, das Fach Geschichte möglichst nahe an die Gegenwart heranzuführen. Das ist auch vor einigen Jahrzehnten gelungen. Der Unterricht endet sicher nicht mehr vor dem Zweiten Weltkrieg. Vor etlichen Jahren fand jedoch ein Paradigmenwechsel in der Geschichtsdidaktik statt. Die Kompetenzmodelle hielten Einzug. Man hat den Eindruck, die Methoden werden wichtiger genommen als der Inhalt. Es ist natürlich nicht egal, wie ein Thema behandelt wird. Neue Vorgangsweisen können in der Vermittlung durchaus einen Sinn haben. Doch das darf nicht auf Kosten des Inhalts geschehen. Genauso dies ist aber bei den Lehrplänen eingetreten.

Im Jänner 2023 ist der Lehrplan für Geschichte und Politische Bildung für die AHS-Unterstufe (wortident auch für die Mittelschule) in Kraft getreten. Darin wird etwa für die 4. Klasse ausführlich vorgeschrieben, wie der Nationalsozialismus und seine Auswirkungen, einschließlich des Holocaust, zu behandeln ist. Das ist zweifellos zu begrüßen, denn hier bestand tatsächlich Nachholbedarf. Gänzlich fehlt jedoch der österreichische Widerstand gegen das NS-Regime, sowohl jener des autoritären Regimes als auch der von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen nach dem „Anschluss".

Nun ist der Lehrplan für die Oberstufe in Ausarbeitung. Der Entwurf ist zwar noch nicht veröffentlicht, aber es sickern bereits die Inhalte durch. Es ist genauso, wie zu befürchten war: Man sucht den österreichischen Widerstand vergeblich. Die Zeit nach 1945 ist im Übrigen noch unzusammenhängender und lückenhafter als im Lehrplan für die Unterstufe. Doch damit sind wir bei der zweiten Frage, was wir noch ändern können. Wir sind noch vor der Begutachtungsphase, somit besteht noch die Chance Verbesserungen durchzusetzen. Unsere Kameradschaft hat sich schon in Stellung gebracht und Kontakte geknüpft. Argumentativ sind wir auch gut gerüstet. Es ist das historische Verdienst unseres Bundesobmanns Dr. Norbert Kastelic, die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben, dass ich ein Buch über den Widerstand gegen das NS-Regime verfassen konnte. Die Kameradschaft hat auch jedem Mitglied ein Exemplar zugesandt. Nun ist es an der Zeit, dieses hervorzuholen, um bereits jetzt bei jeder geeigneten Gelegenheit, spätestens jedoch in der Begutachtungsphase durch eine Stellungnahme die Aufnahme des österreichischen Widerstands in den Lehrplan für Geschichte und Politsche Bildung zu verlangen.

Machen wir genau das, was an anderer Stelle des Lehrplans verlangt wird, nämlich den Schülern zu vermitteln, die Möglichkeiten der politischen Partizipation im politischen und rechtlichen System Österreichs zu nützen. Leisten wir Widerstand gegen eine lückenhafte und verzerrende Geschichtsschreibung.

PM

Die Wahlen 1945 und die Bildung der ersten Bundesregierung

Vor 80 Jahren fanden die ersten freien Wahlen der Zweiten Republik statt. Aus ihnen ging eine Konzentrationsregierung mit Leopold Figl an der Spitze hervor. Anfang des Jahres 1945 stand dieser als politischer Häftling noch auf den Todeslisten des NS-Regimes.

Grau, kalt und nass. Der 25. November 1945 war ein ungemütlicher Sonntag. Viele Menschen froren, viele hungerten, denn die Woche hatte für Wien wieder einmal einen Engpass in der Lebensmittelversorgung gebracht. Nur ein kleiner Teil der auf den Lebensmittelkarten enthaltenen Abschnitte war einlösbar. Weder die bescheidenen Fleischrationen noch die festgesetzte Menge an Fett waren erhältlich. Die Fettration wurde durch Mehl ersetzt. In der vorgesehenen Menge erhielten die Wiener bloß Brot und Hülsenfrüchte. Dennoch herrschte an diesem nassen Novembertag Zuversicht, an dem Tag, an dem die Weichen für Österreichs Zukunft gestellt wurden.

Am 25. November fanden auf Bundes- und Landesebene freie Wahlen statt, der erste bundesweite Wahlgang seit dem Jahr 1930. In der Chronologie des Jahres 1945 gehören sie neben der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, der Bildung der Provisorischen Staatsregierung Renner und der Länderkonferenz vom 24. bis 26. September 1945 zu den zentralen Ereignissen im Prozess der Staatsbildung der Zweiten Republik.

Ein Land am Scheideweg

Bereits in der Geburtsstunde des neuen Österreich, im Frühjahr 1945, stellte sich die Frage nach der Abhaltung freier Wahlen. Doch bedurfte es zuerst eines innerstaatlichen Einvernehmens, vor allem mit den westlichen Bundesländern, die anfangs der von den Sowjets eingesetzten Provisorischen Staatsregierung Renner mit Misstrauen begegneten. Außerdem mussten die vier Besatzungsmächte ihr Placet geben. Für beides war die Erste Länderkonferenz Ende September entscheidend: Die Provisorische Staatsregierung wurde anerkannt, die Abhaltung gesamtösterreichischer Wahlen beschlossen.

Weihnachten 1945 im zerstörten Bundeskanzleramt

Wahlkampf

Der Wahltermin wurde für den 25. November fixiert, die Abhaltung der Nationalratswahl erfolgte gemeinsam mit den Wahlen zu den Landtagen in allen Bundesländern. SPÖ-Spitzenkandidat Karl Renner verfügte über den bei weitem höheren Bekanntheitsgrad als Leopold Figl, der für die ÖVP an erster Stelle ins Rennen ging. Ungeachtet seines fortgeschrittenen Alters war Renner einer der eifrigsten Wahlredner der SPÖ. Bei einer Wahlkundgebung in Salzburg verwendete er bereits das später – auch von ihm selbst – immer wieder gebrauchte Bild von den Alliierten als „vier Elefanten im Ruderboot“. Damit illustrierte er augenscheinlich, wie sehr das kleine Österreich und seine Bewohner unter der vierfachen Besatzung litten. Ganz im Gegensatz zu Karl Renner war Leopold Figl zu Beginn des Wahlkampfes höchstens in Wien und seiner engeren politischen Heimat Niederösterreich eine bekannte Größe. Doch wo immer er auftrat, wusste Figl mit seiner authentischen Art die Zuhörer für sich zu gewinnen. Es waren zumeist einfache, aus seinem bäuerlichen Milieu stammende Wendungen, die er gebrauchte. So als er, anspielend auf den Wahltermin am Namenstag der Heiligen Katharina und den am Land gängigen „Karthreinstanz“, erklärte, „Die Kathrein stellt den Tanz ein“ und damit das mit den Wahlen erhoffte Ende der überproportionalen Machtstellung der Kommunisten in der Regierung meinte.

Wahlversammlungen spielten im Wahlkampf 1945 eine ungleich größere Rolle als heute. Neben Flugblättern und Plakaten waren sie das zentrale Element der Wahlbewegung. Sie ermöglichten es, die Politiker ▶

und die Standpunkte der Parteien unmittelbar kennenzulernen. Im Straßenbild Wiens und in der sowjetisch besetzten Zone dominierten die Kommunisten den Wahlkampf. Sie hatten die bei weitem meisten Plakate affichiert. Doch der enorme Propagandaaufwand täuschte über die wahre Stärke der Partei und die Stimmung in der Bevölkerung hinweg. Es waren die Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee auf die Zivilbevölkerung, Plünderungen, Vergewaltigungen sowie die Demontage- und Beschlagnahmepraxis der sowjetischen Besatzungsmacht, die der KPÖ angelastet wurden. Dies umso mehr als sich die Kommunisten mit den Sowjets weitgehend identifizierten. Dennoch trauten Beobachter der KPÖ ein Ergebnis zwischen zehn und 20 Prozent der Stimmen zu.

Stimmen zählen in dicken Wintermänteln

Am 25. November 1945 bildeten sich lange Schlangen vor den Wahllokalen. Tatsächlich wurde die Höhe der Wahlbeteiligung zur ersten Überraschung des Wahltages. Sie lag bei über 94 Prozent. Von den nicht ganz 3,5 Millionen Wahlberechtigten waren zwei Drittel weiblich, eine Folge von Tod, Vertreibung und Gefangenschaft sowie dem Ausschluss der ehemaligen Nationalsozialisten von der Wahl.

Die Mitglieder der Hauptwahlbehörde amtierten in dicken Wintermänteln im großen und ungeheizten Sitzungsaal des Innenministeriums in der Wiener Herrengasse. Im Laufe des Abends langten die ersten Resultate ein. Die Stimmenauszählung dauerte bis Montagnachmittag. Die ÖVP traf den Nerv der Bevölkerung am besten. Sie hatte sich im Wahlkampf als eine neue, zukunftsorientierte catch all party präsentiert, als eine christlich geprägte, aber im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin, der CSP, überkonfessionelle Volkspartei. Mit dieser Strategie konnte sie die absolute Mandatsmehrheit erringen – ein Resultat, mit dem vor der Wahl so gut wie niemand gerechnet hatte. Umgekehrt verhielt es sich mit der KPÖ, für die die längste Zeit nicht einmal feststand, ob sie überhaupt im neuen Parlament vertreten sein würde. Am Ende verfügte die ÖVP im gewählten Nationalrat über 49,8 Prozent der Stimmen und 85 Mandate, die SPÖ über 44,6 Prozent und 76 Mandate und die KPÖ über magere 5,4 Prozent und vier Parlamentssitze. Zwar war die SPÖ deutlich hinter der ÖVP geblieben, doch konnte auch sie dem Ergebnis Erfreuliches abgewinnen. Am wichtigsten war aus sozialistischer Sicht die Tatsache, dass es der KPÖ nicht gelungen war, das linke Lager zu spalten.

Für die Londoner „Times“ waren die Wahlen ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass das österreichische öffentliche Leben wieder in Gang gekommen war. Die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung im Wahlkampf und das magere Abschneiden der Kommunisten hätten gezeigt, „dass das politische Leben in Österreich wieder auf gesunder demokratischer Grundlage beruht.“ Mehr noch, der Ausgang der Wahlen bedeutete für das Land eine Weichenstellung in Richtung Freiheit, Demokratie und Westorientierung.

Vom politischen Häftling zum Bundeskanzler

Nach kurzen Regierungsverhandlungen stand eine Konzentrationsregierung unter dem Spitzenkandidaten der ÖVP, Leopold Figl, fest. Der Mann, der am Ende des Jahres 1945 an der Spitze der ersten demokratisch legitimierten Regierung stand, musste bis Anfang April desselben Jahres noch um sein Leben bangen und in der Todeszelle des Wiener Landesgerichts täglich mit seiner Hinrichtung rechnen. Fast sechs Jahre hatte Leopold Figl als politischer Häftling in den Konzentrationslagern Dachau, Flossenbürg und Mauthausen gelitten. Nun wurde es seine Aufgabe, ein Land, das nach einem verheerenden Krieg daniederlag, durch die schweren Jahre der Besatzungszeit zu führen und den Wiederaufbau einzuläuten. Figl gelang es, sich hierfür eine sehr gute Gesprächs- und Verhandlungsbasis mit den Besatzungsmächten aufzubauen. Auch dadurch, dass er aus Rücksicht gegenüber den Sowjets die KPÖ trotz ihres mageren Abschneidens wieder in eine Regierung einband.

Am 19. Dezember 1945 konstituierten sich der neue Nationalrat sowie der Bundesrat. Einen Tag später wählte die Bundesversammlung den bisherigen Staatskanzler, Karl Renner, zum ersten Bundespräsidenten. Noch am selben Tag erfolgte die Angelobung der aus ÖVP, SPÖ und eben KPÖ bestehenden Regierung mit Leopold Figl als Bundeskanzler und Adolf Schärf als Vizekanzler. Am 21. Dezember 1945 gab Figl seine Regierungserklärung vor dem Nationalrat ab. Damit nahm die erste frei gewählte Bundesregierung der Zweiten Republik ihre Arbeit auf, in einem vierfach besetzten und zerstörten Land, zugleich aber mit dem festen Willen, einen neuen Anfang für Österreich zu setzen.

Helmut Wohnout
Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs

GEDENKEN

30 Jahre Nationalfonds

Der Nationalfonds beging sein rundes Jubliäum am 10. November mit einem Festakt im Nationalratssitzungssaal. Nach Ansprachen des Zweiten Präsidenten Peter Haubner und von Bundespräsident Alexander Van der Bellen berichteten der frühere Nationalratspräsident Andreas Khol und der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky über die Gründung des Fonds, der nunmehr für alle Opfergruppen des Nationalsozialismus zuständig ist. Anschließend verlasen zwei Nachfahren in dritter Generation berührende Texte. Unsere Kameradschaft war bei dieser Veranstaltung mit Abgesandten aus sechs Bundesländern vertreten.

20 Jahre Zukunftsfonds

2005 ging dieser Fonds aus den verbliebenen Mitteln des Versöhnungsfonds hervor. Inzwischen wurde die Tätigkeit des Fonds mehrfach verlängert und durch eine entsprechende Dotierung weitergeführt. Diese Einrichtung sieht sich als Unterstützer durchaus zukunftsorientierter Projekte. In der Summe waren dies bisher 4500, denen zumindest eine Anschubfinanzierung gewährt wurde. Eine Auswahl von ihnen wird jeweils in einem Werkstattgespräch präsentiert. Die Feierstunde am 12. 11. war zugleich das 51. in dieser Reihe. Vertreter der Kameradschaft zählten ebenfalls zu den Teilnehmern.

Das Denkmal am Friedhof von Gramatneusiedl, v. l. n. r. Andreas Kranebitter (DÖW), Christine Steger (KZ-Verband), Bürgermeister Thomas Schwab, Gerald Netzl (Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen) und Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft).

Gramatneusiedl

Auch in diesem Herbst fanden mehrere Gedenkveranstaltungen statt. Ein nicht alljährliches Erinnern wurde am 26. September in Gramatneusiedl abgehalten. Hier wurde nach einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats neben dem bereits bestehenden Ehrengrab eine Gedenktafel errichtet. Damit sollen fünf kommunistische Widerstandskämpfer, die wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilt und hingerichtet wurden, entsprechend gewürdigt werden. Die Gemeinde, das DÖW und die Opferverbände waren bei dieser überparteilichen Veranstaltung vertreten. ■

In Wien

Die Novembergedenken wurden diesmal am 31. Oktober durchgeführt.

▶ **In Floridsdorf Am Spitz** wurde der kurz vor Kriegsende hingerichteten Wehrmachtsangehörigen Biedermann, Huth und Raschke gedacht. Sie hatten an der „Operation Walküre" zur möglichst unbeschädigten Befreiung Wiens mitgewirkt.

▶ **Am Morzinplatz** stand bis 1945 das Hotel Metropole, wo ab 1938 die Gestapozentrale untergebracht war. Hier galt es der zahlreichen Opfer, die in diesem Gebäude untergebracht waren, zu gedenken.

▶ **Im Landesgericht** für Strafsachen befindet sich der frühere Hinrichtungsraum. Die Gedenkveranstaltung wurde hier wieder von der ÖVP Kameradschaft organisiert. In seiner Rede wies Gerhard Kastelic, der unsere Organsation schon in Gramatneusiedl vetreten hatte, ausdrücklich auf die Namen dieser bereits genannten Widerstandskämpfer in der Opferliste hin. Der Präsident des Landesgerichts, Friedrich Forsthuber, zitierte in seiner Ansprache den maßgeblichen Schöpfer unserer Verfassung, Hans Kelsen, der 1932 seine Sorge über den Zustand der Demokratie ausdrückte. ■

Morzinplatz: Harwanegg, Garscha und Denifl

Kranzniederlegung ARGE: Garscha, Tremmel-Yakali und Hornich

Gedenkveranstaltung in Lackenbach

Am 15. November fand die diesjährige Gedenkveranstaltung für verfolgte Roma und Sinti statt. Dieser Volksgruppe wurde auch ausdrücklich wenige Tage zuvor bei der Veranstaltung des Nationalfonds im Parlament gedacht. Lange wurden die 4000 bis 5000 Personen im dortigen Konzentrationslager zu wenig beachtetet. Viele von ihnen wurden nach Auschwitz und andere Vernichtungslager deportiert. ■

Die Zukunft liegt in der Mitte

Österreich in der Zweiten Republik – das ist eine Geschichte von hoher Unwahrscheinlichkeit. Wer auf die letzten acht Jahrzehnte zurückblickt, kann nicht verkennen, dass sich mehrere „Wunder“ aneinandergereiht haben. In der Nachkriegszeit wird durch den Raab-Kamitz-Kurs das Wirtschaftswunder ordnungspolitisch vorgedacht, der einen rasanten Aufstieg aus einer zerstörten und verstörten Landschaft ermöglicht. Die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft bringt den Bürgerinnen und Bürgern einen ungeahnten Lebensstandard, der zur Stabilität und Attraktivität des Modells Demokratie beiträgt. Die Nachkriegszeit brachte aber auch ein Politikwunder hervor: Die Sozialdemokraten und Christdemokraten, die sich in der Zwischenkriegszeit noch bekämpft hatten, entschieden sich nun zur konstruktiven Zusammenarbeit in der Sozialpartnerschaft und in Regierungskoalitionen, die Österreich zu einer Vorzeigedemokratie machten.

Das vorliegende Buch zum 80. Geburtstag der Volkspartei gibt Einblicke in die erfolgreiche Geschichte der Partei seit ihrer Gründung am 17. April im Wiener Schottenstift. Zahlreiche Geschichten aus achtzig Jahren Parteigeschichte illustrieren, was die Volkspartei im Kern ausmacht: ihr Selbstverständnis als die staatstragende Partei Österreichs. Bei der Lektüre der einzelnen Kapitel wird schnell klar. Die ÖVP war in der Geschichte der 2. Republik immer aktiv dabei, wenn es darum ging, zum Wohl der Bevölkerung zu arbeiteten. Die Parteigeschichte wird in Form einzelner Geschichten mit Auslassungen und Akzentuierungen lebendig. Neben Beiträgen zu den Verhandlungen zu Staatsvertrag und Restitutionsdebatten zeigen auch bislang in der Öffentlichkeit kaum bekannte Geschichten, wie jene des jungen Mediziners Herbert Braunsteiner, der 1945 den Fluss Enns an der Zonengrenze durchschwamm, um die Verbindung zwischen den Teilen der Partei in Ost und West herzustellen; oder das Schicksal der Margarethe Ottillinger, die von den Sowjets verschleppt wurde und in der Sowjetunion sieben Jahre Zwangsarbeit verrichten musste, was die Einzigartigkeit der ÖVP ausmacht. Weitere Höhepunkte des Bandes bilden exklusive Einblicke in die Verhandlungen von Alois Mock zum EU-Beitritt, die im letzten Moment zu scheitern drohten, und Erinnerungen von Alt-Kanzler Wolfgang Schüssel an die sogenannten „Sanktionen der EU“ gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahre 2000.

ALLES FÜR ÖSTERREICH
Wie die Volkspartei seit 80 Jahren Geschichte schreibt.
Mit Beträgen von Peter Danich, Gerhard Jelinek, Christian Moser-Sollmann, einem Essay von Manfred Prisching und einem Nachwort von Hans Winkler (2025) 318 S., Edition a, 22 €, ISBN 978-3-99001-824-8

Bei diesem lesenswerten Streifzug durch acht Jahrzehnte wird schnell klar, worin die entscheidende demokratiepolitische Funktion der Christdemokratie liegt. Als bürgerliche Partei der Mitte repräsentiert die ÖVP ein demokratisches Gegenmodell zu den autoritären Lebensmodellen vom linken und rechten Rand und stabilisiert somit das politische System. Als Garant für Rechtsstaat, Vertragstreue und Grundrechte bilden Zentrumsparteien wie die ÖVP das Rückgrat der Demokratie und steht gleichermaßen für eine offene Gesellschaft und die Tugenden der Mäßigung und des Ausgleichs. Auch im Jahr 2025 muss immer wieder daran erinnert werden: Die Gründung der Österreichischen Volkspartei war eine bewusste Reaktion auf die Nazi-Barbarei und die Verbrechen und Verwerfungen des Zweiten Weltkrieges. Eben weil unsere Gründerväter ihre bittere historische Lektion aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft gezogen hatten, versteht sich die Volkspartei bewusst als Kind der Zweiten Republik. Als demokratische Kraft aus der Mitte des Volkes wurde die Volkspartei als soziale Integrationspartei konzipiert: Junge und Alte, Männer und Frauen, Selbstständige und Angestellte, Stadt- und Landbewohner – alle Bürgerinnen und Bürger sollten sich über ständische und berufliche Grenzen hinweg in der Volkspartei heimisch und von ihr politisch repräsentiert fühlen. Um den genuinen Anspruch einer Volkspartei erfüllen zu können, war eine flächendeckende Präsenz in allen Gemeinden sowie in allen Berufsverbänden notwendig. Nur wenn eine Partei überall vertreten ist, kann sie glaubhaft die Probleme der Bevölkerung erkennen und darauf aufbauend Politik machen. Ebenso breit wie in ihrer Organisation ist die Volkspartei auch ideengeschichtlich aufgestellt. Mit ihren christlich-sozialen, liberalen und konservativen Wurzeln repräsentiert sie die bürgerliche Mitte des Volkes, die sich als anti-sozialistisch und anti-totalitär versteht. Mit dieser breiten Positionierung gehört es quasi zur DNA, unterschiedliche Interessen und Zugänge immer abzuwägen, auszubalancieren und zum Wohle der Gesamtbevölkerung auszuhandeln.

Um auch die nächsten Jahrzehnte weiter erfolgreich im Dienst der Republik arbeiten zu können, ist es für die Volkspartei notwendig, weiterhin die Mitte der Gesellschaft anzusprechen. Es gilt einen Weg zwischen der Rechts-außen-Kickl-FPÖ und einer linken Babler-SPÖ zu finden. Bundeskanzler Christian Stocker hat verstanden, dass es in Zukunft darum gehen wird, die Befindlichkeiten der gesellschaftlichen Mitte in ordnungs- und grundsatzpolitische Grundsätze zu transformieren. Der Bogen spannt sich dabei von der Zuwanderung über die Grundprinzipien der Ökosozialen Marktwirtschaft bis hin zu einer auf das Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Angesichts der Abwanderung zu den politischen Rändern brauchen die Wählerinnen und Wähler die ÖVP für eine klare und unverhandelbare Politik der Mitte mehr denn je.

Christian Moser-Sollmann

In alle Winde zerstreut

In der Ausgabe 75 wurde das Schicksal meines Großvaters, dem *„NS-Opfer Robert Winterstein“,* nachgezeichnet, und das seiner Angehörigen gestreift. Was Rassenwahn und Sippenhaftung der Nazis anrichteten, hatten auch seine drei Söhne erfahren müssen.

Als *„k.u.k. Gerichtsadjunkt mit Einzelrichterbefugnis“,* hatte er 1904 die Tochter des Baugroßindustriellen Viktor Brausewetter, Gründer und Inhaber der Firma *„Pittel und Brausewetter“,* geheiratet. 1905 wurden mein Vater Peter,1906 und 1907 dessen Brüder Claus und Erich geboren.

Der Erste Weltkrieg hinterließ in der Familie keine außergewöhnlichen Spuren, die Bedrohung durch das politische und gesellschaftliche Klima danach jedoch sehr wohl. Als am 15. Juli 1927 der Justizpalast brannte, konnte sich mein Großvater, damals bereits Generalanwalt der Generalprokuratur, noch aus dem Inferno retten. Seine Söhne bewachten danach einige Zeit das Wohnhaus der Familie mit ihren Jagdgewehren.

Peter war inzwischen Bankprokurist (ÖCI), Claus nach abgeschlossenem Jusstudium im Vorstand einer Versicherung, und Erich seinem Onkel *Hans Brausewetter,* einem Star des deutschen Vorkriegsfilmes, ins Theaterleben gefolgt. Am 13. März 1938, dem Tag des „Anschlusses“, saßen sie mit der gesamten Familie zu Tisch, als plötzlich mit Hakenkreuz dekorierte Polizisten das Haus stürmten, um die Jagdgewehre gewaltsam zu konfiszieren. Tags darauf wurde ihr Vater von der Gestapo, SA und Sicherheitspolizei für immer verschleppt.

Peter und Claus wurden auf Grund der „Neuordnung im Bank-u. Versicherungswesen“ fristlos entlassen. Der von Berlin eingesetzte Staatskommissär schrieb in seinem Bericht: *„Wenn einmal ein Arier eine einflussreiche Funktion innehatte, war er in der Regel jüdisch versippt, oder ein ausgesprochener Anhänger der vergangenen Systemregierung.“* Erich erhielt praktisch Berufsverbot am Theater. So blieb ihnen ausschließlich die Flucht, wobei nur mein Vater bereits eine eigene Familie hatte, die er zurücklassen musste, so auch mich. Während seine Brüder nach Frankreich entkamen, wählte er die Niederlande.

Dort wurde er von einem Freund der Familie, Ministerpräsident *Hendrikus Colijn,* aufgenommen. Als 1940 die deutsche Wehrmacht das Land besetzte, wurde er verhaftet, später in das KZ Sachsenhausen in Oranienburg bei Berlin eingewiesen, und von dort am 6.6.1942 in das KZ Mauthausen überstellt. 1943 leistete er Zwangsarbeit im KZ-Außenlager Schwechat-Heidfeld, wo er bei einem Bombardement verletzt wurde. Auch war er 1944 kurz im Außenlager Floridsdorf. Bereits an offener TBC leidend, und auf 37 kg abgemagert, wurde er gemeinsam mit 223 Mithäftlingen noch im März 1945 zur legendären *„SS Sturmbrigade Dirlewanger“* rekrutiert, einer militärischen Häftlingseinheit der SS. Diese sollte sich, gemeinsam mit einem fiktiven „Afrika-Korps“, den anrückenden Alliierten entgegenstellen. Sie alle wurden daher erst am 4.Mai, zu einem Zeitpunkt, wo die SS bereits auf der Flucht war, aus dem Häftlingsstand entlassen.

Robert Winterstein und Söhne, 1926

Tags darauf befreiten die Amerikaner das Lager. Meinen Vater mussten sie notbehelfsmäßig transportfähig machen, und das *„permit“*, er sei *„officially discharged from Mauthausen camp“,* unterfertigte der legendären Camp Commander Lt.Col. R.R.Seibel daher erst am 13. Mai. Ein US-Sanitätsfahrzeug transportierte ihn nach Salzburg in das LKH. Am Weg dorthin durfte er, wegen der Ansteckungsgefahr nur mit großem Abstand, seine Familie in St. Gilgen am Wolfgangsee wiedersehen, und dies nur für wenige Minuten. Von Salzburg in die Schweizer Lungenheilanstalt auf der „Schatzalp“ bei Davos verlegt, wurde er von dem Thoraxchirurgen Prof. *Gustav Maurer* einer *„offenen Pneumoektomie“* unterzogen. Er musste jedoch im Sanatorium verbleiben, und kehrte erst am 25.Mai 1947 nach acht Jahren zu seiner Familie zurück. Formlos wurde er von seinem *„ehemaligen Dienstgeber zu den damaligen Bezügen wieder eingestellt, und die Prokura wieder verliehen“.* Ab 1965 war er dort Generaldirektor, ging 1970 in Pension, und starb 1981 an den Spätfolgen seiner KZ-Leiden.

Claus und Erich schafften es nach Paris. Als jedoch am 3. September 1939 Frankreich Deutschland den Krieg erklärte, mussten sie bald die Zelte wieder abbrechen, da die Deutsche Wehrmacht immer näher rückte. Die beiden galten ab sofort als „feindliche Ausländer“. Auf ihrer neuerlichen Flucht wurden sie verhaftet, und im *„camp des etrangers“* (Ausländerlager) in *Meslay-du-Maine* festgehalten. Ein, von Claus um Hilfe gebetener ehemaliger französischer Botschafter in Wien, nun Hochkommissär Frankreichs in Syrien und Libanon, ersuchte die Lagerleitung schriftlich um „gute Behandlung“. Sie wurden tatsächlich nach zwei Monaten ▶

wieder entlassen. Danach trennten sich ihre Wege.

Claus erhielt vom Generalkonsulat der Niederlande auf Empfehlung des Ministerpräsidenten *Colijn,* der schon meinen Vater aufgenommen hatte, am 15.1.1940 eine Bewilligung zur Einreise nach Curacao / Holländisch West Indien.

Kaum dort angekommen, wurde er jedoch wieder festgenommen, da nach der zwischenzeitlichen Besetzung der Niederlande durch die Nazis alle Deutschen und Österreicher, die sich auf Curacao und Aruba befanden, als „Bedrohung des Friedens und der Sicherheit“ galten. Die Internierung dauerte bis Dezember 1942. Danach war er bei einer *„Auto Supply & Trading Co.“* in Aruba beschäftigt. Dort erlebte er auch das Kriegsende, und nahm Kontakt mit vertriebenen Verwandten in den USA auf. Am 28. Juni 1946 landete er in Miami, und kam bei diesen in New York unter. Er bewarb er sich bei der österreichischen Gesandtschaft in Washington, und trat dort am 1. 11.1947 seinen Dienst an. 1950 wurde er nach Ägypten versetzt, ab 1952 Gesandter in Griechenland, 1955 Botschafter in Lissabon und Marokko, nachdem ihm *„für seine Verdienste für den erfolgreichen Abschluss des Staatsvertrages“* das *Goldene Ehrenzeichen* verliehen worden war. 1962 betrat er als Botschafter in den Niederlanden und Irland wieder holländischen Boden. 1968 wurde er zum Protokollchef im Außenamt berufen, und starb 1984.

Erich, der in Paris gemeinsam mit dem ebenfalls geflüchteten Wiener Schauspieler *Oskar Karlweis* ein kleines Kabarett *„Empresse Sisi“* eröffnet hatte, welches Teil des legendären Theaterlebens *„Vienne à Paris“* geworden war, gelang nach seiner Freilassung zu Fuß über die Berge, die Flucht in die Schweiz, da eine legale Einreise untersagt war. Er führte dort ein Schattenleben, wie viele anderen seiner Freunde und Kollegen aus dem Kreis des Theaters und der Literatur. Er heiratete, und kehrte kurz nach dem „Zusammenbruch“ nach Wien zurück. Nach 1946 war er am Betrieb des *„Filmstudios des Theaters in der Josefstadt“,* welches von dessen gesamten Ensemble gegründet worden war, beteiligt, und 1948 Produktionsleiter des legendären Filmes *„Das andere Leben“,* nach der Novelle *„Der 20. Juli“* von *Alexander Lernet-Holenia,* besetzt mit allen „Stars“ dieser Bühne. Ein Dokument des Wiederstandes.

Er befasste sich danach weiter mit Dramaturgie und Regiearbeiten, ließ sich in Marbella nieder, und starb dort 1992.

Werner Winterstein

Aus unserer Organisation

Die Sitzung des erweiterten Bundesvorstands fand am 9. und 10. Oktober in Wien statt. Am 9. Oktober stand nach einem gemeinsamen Mittagessen in einem bodenständigen Gasthaus in Erdberg ein überaus eindrucksvoller Vortrag samt anschließender Führung durch das Österreichische Staatsarchiv auf dem Programm. Diese Institution ist eine der größten und bedeutendsten ihrer Art. Sie beherbergt nicht nur Urkunden wie die “Schlussakte des Wiener Kongresses”, unterzeichnet am 8. Juni 1815, sondern es kommen ständig neue Akten von Regierungsmitgliedern nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt hinzu. Wie wir uns überzeugen konnten, werden manche wohl geordnet geliefert, andere wiederum in einem eher deplorablen Zustand, was für die Archivare eine beträchtliche Mehrarbeit bedeutet.

Die eigentliche Sitzung wurde am 10. Oktober im traditionsreichen “Christlichen Vereinshaus” in der Laudongasse abgehalten. Nach einer intensive Beratung über eine geplante neue Website für unsere Kameradschaft wurde Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic für seine langjährige, engagierte Tätigkeit die “Ludwig Steiner Medaille” überreicht. Ein wohlschmeckender Tafelspitz beschloss die gelungene Tagung.

PM

Cancel-Culture

Moralisierung und Anmaßung der Selbstgerechten

Franz Schausberger, Hannes Schönner (Hg.)
Schriftenreihe des Karl von Vogelsang-Instituts zur Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich
2025,Verlag Buchschmiede | www.buchschmiede.at
170 Seiten, Format 210x150
ISBN Softcover: 978-3-99181-847-2
ISBN E-Book: 978-3-99181-846-5
EUR 15 Euro
Direkt zu beziehen unter Karl von Vogelsang-Institut | kvvi@kvvi.at

Ein Gespenst geht um. Ein Gespenst des „Cancel-Culture“.

Nicht nur in Europa, nein, sondern in der ganzen westlichen Welt. Nicht nur heute, sondern wohl in der ganzen Geschichte. Das Gespenst ist geschaffen worden, um zu zerstören: Begriffe des täglichen Zusammenlebens, menschliche Ordnungen und berufliche Existenzen, historisch gewachsene Wörter und nicht zuletzt die Grundlagen der eigenen, kulturellen Herkunft.

Dieser vermeintlich „gute Tyrann“, der eine Revolution gegen alles angeblich Verwerfliche auslösen sollte, nennt sich „Cancel Culture“ und macht mittlerweile auch vor seinen Schöpfern nicht mehr Halt. Eine weitere Revolution, die ihre eigenen Kinder zu fressen beginnt.

Inzwischen bedienen sich auch jene weit rechts Stehenden, die bisher oftmals zu Recht gegen die Cancel Culture der Linken gewettert haben, dieses Instruments.

In dieser Publikation versuchen sieben historisch versierte Autoren die aktuellen und geschichtlichen Entwicklungen nachvollziehbar, vergleichbare Strömungen in der Geschichte sichtbar, Nutznießer namhaft und nicht zuletzt Lösungen erkennbar zu machen.

„Demokratie ist nicht in Stein gemeißelt“

Am 18. September 2025 wurde „Verschleppt, Verbannt, Unvergessen“ im Niederösterreichischen Landtag präsentiert – in Anwesenheit von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landtagspräsident Karl Wilfing, zahlreichen Abgeordneten des NÖ Landtages sowie Mitgliedern des Bundesrates.

Landtagspräsident Karl Wilfing, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Barbara Stelzl-Marx und Christoph H. Benedikter

„Das Buch führt uns vor Augen, dass Demokratie nicht in Stein gemeißelt ist, sondern täglich verteidigt und gelebt werden muss. Daher ist es mir ein besonderes Anliegen, dass wir die Geschichten von Ferdinand Riefler und Franz Gruber nicht vergessen“, betonte Landtagspräsident Karl Wilfing in seiner Eröffnungsrede.

Peter Faerber verlieh den Gedanken und Erinnerungen der Protagonisten durch sorgfältig ausgewählte Zitate eine besondere emotionale Tiefe und machte damit das Leid, aber auch die Hoffnung der Betroffenen, spürbar. Im Dialog mit Christoph H. Benedikter und Herausgeberin Barbara Stelzl-Marx beleuchtete Moderator Reinhard Linke die historischen Hintergründe zur Gefangenschaft von Ferdinand Riefler und Franz Gruber. Benedikter schilderte zudem das bewegende Schicksal Helene Grubers, die gemeinsam mit ihrem Vater inhaftiert wurde, das Lager in Kolyma überlebte, aber erst Jahre später in ihre Heimat zurückkehren konnte. Darüber hinaus gab er Einblick in den umfangreichen, international ausgerichteten Recherche- und Arbeitsprozess, der der Neuauflage zugrunde liegt.

Ein besonders berührendes Zeichen setzte die Präsentation durch zwei bewusst freigehaltene Abgeordnetensitze in der Mitte des Sitzungssaales – in Anlehnung an jene beiden Plätze in der Wiener Herrengasse, die 1946 nach der Verhaftung von Ferdinand Riefler und Franz Gruber unbesetzt geblieben waren. Die leeren Sitze wirkten als stille Hommage und eindringliche Erinnerung an ihre letzten gemeinsamen Worte: „Gelt, wenn wir so das Glück hätten, wieder im Hohen Haus zu sitzen … gelt, da setzen wir uns zusammen?“ – „Ja, dann setzen wir uns z’samm!“ ■

Verschleppt, Verbannt, Unvergessen

Im Sommer 1946 wurden die niederösterreichischen Landtagsabgeordneten Ferdinand Riefler (ÖVP) und Franz Gruber (SPÖ) von der sowjetischen Besatzungsmacht verschleppt. Ein neu erschienenes Buch rückt ihr Schicksal eindringlich ins Bewusstsein.

Die Neuauflage des 1956 erschienenen Buches „Verschleppt, Verbannt, Unvergessen“ von Ferdinand Riefler wurde von Christoph H. Benedikter vom Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung wissenschaftlich kontextualisiert und um die ausführlichen Biografien von Riefler, Gruber und dessen Tochter Helene erweitert. Die so entstandene Erinnerungsdokumentation ist ein eindrucksvolles Zeitzeugnis der österreichischen Nachkriegsgeschichte.

Bereits während der NS-Zeit wurde Riefler sechs Monate inhaftiert und mit einem sogenannten „Gauverbot“ für Wien belegt. Im Dezember 1945 wurde er als Abgeordneter berufen, jedoch bereits im August 1946 von Rotarmisten verhaftet und verschleppt. Den Prozess der Inhaftierung – von der Verhaftung über die U-Haft bis zum „Gerichtsverfahren“ – beschreibt er detailliert und zeigt dabei die Methoden sowie den Machtmissbrauch der sowjetischen Besatzungsmacht auf: erzwungene Geständnisse, Folter, bewusst verfälschte Übersetzungen und Falschaussagen führten zu seiner Verurteilung. Riefler schildert die Jahre im Gulag und den entwürdigenden Alltag in den verschiedensten Lagern – bis hin nach Sibirien. Obwohl er seine Erlebnisse ab 1952 niederschrieb, sechs Jahre nach seiner Deportation in die Sowjetunion, wirken die Schilderungen von Anfang an lebendig, präzise und zutiefst emotional.

►

Besonders eindrucksvoll und zugleich erschütternd sind die Passagen über die Haftbedingungen. Die menschenfeindliche Umgebung, die entwürdigenden Handlungen der Wachen und nicht selten auch der Mithäftlinge, Diebstahl, rassistische Beschimpfungen, Gewalt und Krankheit zeichnen ein beklemmendes Bild des sowjetischen Lagersystems. Der emotionale Abschied von seinem Kollegen Franz Gruber erhält in diesem Abschnitt besondere Bedeutung.

Zugleich hält Riefler Hoffnungsmomente fest: kleine Gesten der Menschlichkeit, die er als zutiefst berührend schildert – etwa die Unterstützung durch Österreicher und „Ex-Österreicher“ aus den ehemaligen Kronländern oder die improvisierte Weihnachtsfeier mit Geschenken ukrainischer Mithäftlinge.

Der zweite Teil des Buches beleuchtet auch die Vergangenheit und Inhaftierung von Franz Gruber und dessen Tochter Helene. Franz Gruber überlebte die Haft nicht; er verstarb an den Folgen einer Gallenblasenentzündung. Seine Tochter Helene überstand die Zwangsarbeit in Kolyma und wurde 1952 entlassen, blieb jedoch noch bis 1960 daran gehindert, in ihre Heimat zurückzukehren.

Die Neuauflage enthält zahlreiche ergänzende Passagen im Fließtext sowie in den Fußnoten, die historischen Kontext, Klarstellungen und Korrekturen bieten. Ereignisse, an die sich Riefler nicht vollständig erinnern konnte, werden präzise eingeordnet und erläutert. Diese Ergänzungen verbessern den Lesefluss, erweitern das historische Verständnis und machen das Werk sowohl für Fachfremde als auch für Expertinnen und Experten zugänglich.

Das Buch, das im Zusammenhang mit dem Erinnerungsjahr 2025 „Erinnern für die Zukunft in Niederösterreich“ steht, ist ein gelungenes, neu aufgearbeitetes und kontextualisiertes Werk, welches gerade in international politisch prekären Zeiten als Mahnung verstanden werden soll. Sie schenkt nicht nur historische Einsicht, sondern auch Zuversicht: Die Stimmen der Vergangenheit, die nun erneut hörbar werden, ermutigen uns, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an einer solidarischen und friedlichen Zukunft mitzuwirken. Erinnerung wird so zu Orientierung – und zum klaren Auftrag, den Weg der Menschlichkeit konsequent weiterzugehen.

Verschleppt, Verbannt, Unvergessen
Die niederösterreichischen Abgeordneten Ferdinand Riefler und Franz Gruber in Stalins Gulag
Studien Verlag, 295 Seiten

Florian Neuhauser

G E D E N K S T E I N

Hildegard Albine Rosa Gronner (geb. Dolocy)

Hildegard Albine Rosa Dolocy kommt am 22. Mai 1896 in Wien als eheliche Tochter des Volksschullehrers Eduard Dolocy und seiner Gattin Maria Apollonia, geborene Heitzmann, zur Welt. Nach der Schule tritt sie 1913 aus der katholischen Kirche aus und heiratet 1914 den jüdischen Finanzbeamten Friedrich Gronner. 1919 tritt sie der evangelischen Kirche A.B. bei und wird später Mutter einer Tochter. Im Jahre 1932 konvertiert sie in die katholische Kirche und lässt im gleichen Jahr die Ehe konvalidieren (katholisch anerkennen). 1934 wird sie kurz wegen Agitation für die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* (SDAP) [heute: SPÖ] polizeilich erfasst, bevor sie sich in der Vaterländischen Front und ihr nahestehenden Organisationen engagiert. 1935 wird ihre Ehe geschieden. In den Tagen vor der Besetzung Österreichs bekennt sie offen ihre Abneigung des Nationalsozialismus.

Hilde Gronner hat am Donnerstag oder Freitag, jedenfalls noch zur Zeit der Regierung Schuschnigg, als sie an meinem Vorgarten in dem ich arbeitete, vorüberging, zu Frau Slerka Anna, Altmannsdorferstraße 34 wh., abfällige Äusserungen über die Nat.Soz. gemacht. Sie hielt sich ungefähr ¼ Stunde vor dem Vorgarten auf und nannte die Naz.Soz. „Mördergesindel“, „Rotzbuben“ u.dgl.. Schliesslich schrie sie die Deutschen haben nichts zu fressen und möchten uns haben. Sie nannte auch Reichskanzler Hitler einen „Ausgemusterten“ den sich die Deutschen genommen haben. Sie wollte mich offenbar provozieren da ich ein Reichsdeutscher bin.

Sebastian Fetzer denunziert Hildegard Gronner am 15. März 1938

Am 12. März 1938 muss Hildegard Gronner erleben, wie das freie und unabhängige Österreich mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht untergeht. Sie wird aufgrund ihrer Äusserungen unmittelbar vor der Besetzung denunziert und noch am Tage der Denunziation am 15. März 1938 verhaftet. Sie bleibt bis 19. März 1938 in Haft. Aufgrund der geänderten Situation begeht sie am 29. Juni 1938 einen Selbstmordversuch, wird aber gerade noch gerettet.

Ihr geschiedener Ehemann wird am 10. März 1944 in das KZ Theresienstadt deportiert und nach dem 28. Oktober 1944 im KZ Auschwitz ermordet.

In Wien erlebt Hildegard Gronner die Befreiung Österreichs und die Wiedererrichtung der Republik im April bzw. Mai 1945. Sie tritt der neugegründeten *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP)und der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich* bei.

Hildegard Gronner verstirbt am 8. Oktober 1979 mit 84 Jahren in Wien und findet ihre letzte Ruhestätte am Friedhof in Wien-Baumgarten.

G E D E N K S T E I N

Oberamtsrat Wilhelm Franz Zimmerbauer

Wilhelm Franz Zimmerbauer kommt in Linz am 13. Jänner 1915 als ehelicher Sohn des Stadtbahnbeamten Johann Zimmerbauer und Klara, geborene Kefer, zur Welt. Nach der Volksschule besucht er das Bundesrealgymnasium in Linz-Fadingerstraße, wo er 1933 maturiert. Am 7. Jänner 1936 beginnt er als Beamter beim Magistrat in Linz zu arbeiten.

Der gläubige Katholik und überzeugte Österreicher tritt in den 1930er Jahren einer Jugendorganisation der *Vaterländischen Front* bei und steigt dort zum Bezirksobmann von Linz und Landesobmann-Stellvertreter von Oberösterreich auf. Der Gegner des Nationalsozialismus betätigt sich aktiv gegen die deutschen Okkupationspläne. Noch am Abend vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht versucht er sich verzweifelt gegen die drohende Gefahr zu stemmen.

Am 11. März 1938 bin ich [in Linz] mit ca. 3000 Jugendlichen, vom Hauptplatz kommend, Richtung Mozartkreuzung an der Spitze marschiert als Jugendführer, und dort kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten, wobei ich vor allem mit dem späteren zum Oberbürgermeister ernannten [Sepp] Wolkerstorfer zusammengestoßen bin. Wilhelm Zimmerbauer in ‚Erzählte Geschichte'

Die Anstrengungen Wilhelm Zimmerbauers, die drohende Besetzung Österreichs zu verhindern, sind vergebens. Er muss erleben, wie das freie und unabhängige Österreich mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938, untergeht. Am 13. März 1938 wird er von der Gestapo an seinem Arbeitsplatz im Linzer Rathaus verhaftet und in das Polizeigefängnis am Linzer Pfarrplatz gebracht. Dort ist er den Demütigungen der neuen Machthaber ausgesetzt. Aus seinem Dienstverhältnis wird er sofort entlassen.

Nachdem er in ein neues Gefängnis im ehemaligen Europa-Hotel in Linz überführt wird, wird Wilhelm Zimmerbauer am 16. Juni 1938 in das KZ Dachau deportiert. Dort wird er am 13. September 1938 aus der Haft entlassen und tritt mit weiteren ehemaligen Häftlingen die Heimreise nach Linz an.

Zurück in Linz arbeitet Wilhelm Zimmerbauer als Buchhalter, heiratet und wird Vater einer Tochter. Im Juni 1939 wird er in die Wehrmacht eingezogen. Als Soldat erlebt er die Befreiung Österreichs im Mai 1945.

Wilhelm Zimmerbauer wird nach dem Krieg beruflich rehabilitiert und arbeitet wieder als Beamter im Linzer Magistrat, wo er bis zum Leiter des Liegenschaftsamtes aufsteigt. Er engagiert sich ehrenamtlich bei den *Pfadfinderinnen und Pfadfindern Österreichs* (PPÖ), bei der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP), *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, bei den Vereinigten Linzer Wohnungsgenossenschaften* (VLW) und bei der *Wohnungsgenossenschaft Wohnungsfürsorge* [heute: Wohnungsgenossenschaft Lebensräume]. Zwischen 1955 und 1996 ist er Obmann der *Wohnungsgenossenschaft Wohnungsfürsorge* und zwischen 1956 und 1993 Obmann der *Vereinigten Linzer Wohnungsgenossenschaften.* 1966 heiratet er ein zweites Mal und wird Vater zweier Söhne. 1977 geht Wilhelm Zimmerbauer als Beamter in den Ruhestand. Zwischen 1996 und 1999 ist er schließlich Landesobmann in Oberösterreich der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich.*

Wilhelm Zimmerbauer verstirbt am 27. März 1999 mit 84 Jahren und findet seine letzte Ruhestätte am Friedhof in Linz-St. Barbara.

Franz Stabler – ein schwerer Verlust für unsere ÖVP-Kameradschaft

Mit Mag. Franz Stabler verlor die Kameradschaft am 25. September 2025 nicht nur ihren Finanzreferenten, sondern einen Funktionär, der an unseren Aufgaben großen Anteil nahm und ein treuer Kollege und Freund war. Franz Stabler wurde 1949 in Wien geboren und studierte nach der Matura an der damaligen Hochschule für Welthandel Finanzwissenschaft. Danach trat er 1974 in die Pensionsversicherungsanstalt für Angestellte ein, die später in der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) aufging. Stabler war in dieser Institution bis zum Jahr 2014 tätig. Von 1993 bis 2014 bekleidete der exzellente Finanzfachmann die Funktion eines Direktors für das Finanzwesen.

Politisch war Franz in der Leopoldstadt beheimatet, wo er von 1981 bis 1991 Bezirksvorsteher-Stellvertreter war. Ich durfte ihn in der Jungen ÖVP kennenlernen, in der er als Landesobmann-Stellvertreter einer meiner Vorgänger war. Dabei habe ich ihn nicht nur als treuen Freund, sondern auch seine geschliffenen Formulierungen und seinen feinen Humor geschätzt. Beide Vorzüge konnte man auch bei seinen Reden im Gemeinderat, dem er 1996 angehörte, feststellen.

Als Finanzfachmann hat Franz Stabler der ÖVP, des ÖAAB, aber auch anderen Organisationen unserer Gesinnungsgemeinschaft als Finanzreferent und/oder Rechnungsprüfer gedient. All diese Funktionen übte er mit hohem Fachwissen und äußerster Korrektheit aus. Seine christlich-sozialen Grundsätze waren ihm immer eine Selbstverständlichkeit.

PM

Der Kriegsalltag im Visier des NS-Regimes: **Die Lageberichte aus Niederdonau als historische Quelle**

Um ein möglichst genaues Bild von der Stimmung der Bevölkerung und der Versorgungslage zu erhalten, etablierte das NS-Regime ein weit verzweigtes Berichterstattungssystem. Die verschiedenen Parteiorganisationen und staatlichen Dienststellen wurden verpflichtet, monatlich „ungeschmückte" – also möglichst sachlich und tatsachengetreu verfasste – Lageberichte aus ihren Zuständigkeitsbereichen an die übergeordneten Instanzen zu übermitteln. Mit ihren Dokumentationen geben die Verfasser Einblicke in das Leben der Zivilbevölkerung während des Krieges und unter der NS-Herrschaft, wodurch ihre Berichte zu einer wertvollen Quelle für die historische Forschung werden.

Die im Niederösterreichischen Landesarchiv erhaltenen Lageberichte gehen auf die Aufforderung des Reichsstatthalters von Niederdonau an die 24 Landräte seines Gaues zurück. Diese standen an der Spitze der Landratsämter, der regionalen Verwaltungsebene zwischen Gemeinden und Reichsstatthalter. Sie lassen sich funktional mit den heutigen Bezirkshauptleuten vergleichen. Mit derselben Weisung waren auch die Oberbürgermeister der drei Stadtkreise Krems, St. Pölten und Wiener Neustadt aufgefordert; im Archivbestand sind jedoch nur zwei Berichte aus der Stadt Krems erhalten. Etwas später wurden schließlich auch die Polizeidirektoren von St. Pölten, Wiener Neustadt und dem damals zum Reichsgau Niederdonau gehörenden Znaim zur Berichterstattung verpflichtet.

Die monatlichen Lageberichte sind für den Zeitraum von 1941 bis 1945 – wenn auch nicht lückenlos und nicht für jeden Monat – überliefert. Um eine gewisse Einheitlichkeit in der Berichterstattung zu gewährleisten, waren die zu behandelnden Themenbereiche vorgegeben: Zunächst sollten Stimmung und Haltung der Bevölkerung eingeschätzt, anschließend die politische und wirtschaftliche Lage analysiert und schließlich lokale Vorkommnisse, die mit dem Krieg in Zusammenhang standen, angeführt werden. Im Wesentlichen hielten sich die Verfasser an diese thematischen Vorgaben, auch wenn die Schwerpunktsetzungen je nach Interessen und Kenntnissen variierten.

In ihren Lageberichten richteten die Landräte und Polizeidirektoren den Blick auf den Kriegsalltag der „einfachen" Menschen. Sie dokumentierten das Verhalten der Bevölkerung sowie das Funktionieren der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Berichte zeigen auf, welche Formen der Zustimmung, Anpassung oder Ablehnung existierten. Sie ermöglichen eine „Geschichtsschreibung von unten", bei der die Lebensverhältnisse und Erfahrungswelten der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen. Ihr regionaler Fokus macht sie zudem zu einer aufschlussreichen Quelle für die Erforschung der Lokalgeschichte.

„Weitere Einberufungen, der Kriegsverlauf, die Beschlagnahme von Unterkünften für vorsorglich Umzuquartierende, sowie das Ausbleiben der Vergeltungswaffen, von deren Einsatz sich doch manche Volksgenossen einen Wandel des Kriegsgeschehens zu unseren Gunsten erwarten, lassen die allgemeine Stimmung als noch gedrückter bezeichnen." So beurteilte der Landrat des Kreises Scheibbs im Jänner 1944 die Lage. In nüchternem Ton beschreibt er die Kriegsmüdigkeit und die zunehmende Resignation in der Bevölkerung. Die Analysen der Landräte und Polizeidirektoren verdeutlichen, wie sich die Stimmung im Verlauf des Krieges veränderte und welche Faktoren diese Entwicklung beeinflussten – vor allem der Kriegsverlauf und seine spürbaren Auswirkungen auf Alltag, Privatleben und Versorgungslage.

Nach der Analyse der allgemeinen Stimmung richteten die Landräte und Polizeidirektoren den Blick auf die politische Lage und auf sogenannte „staatsfeindliche Umtriebe". Sie berichteten über Verhaltensweisen, die sie als oppositionell einstuften. Kirchliche Feiern, die zeitgleich mit Parteiveranstaltungen stattfanden, wurden etwa als Ausdruck von Protest gewertet. Eine geringe Beflaggung zum Geburtstag des „Führers" galt ebenso als regimekritisch wie das Vermeiden des „Deutschen Grußes". Die in der Bevölkerung verbreiteten Gerüchte führten sie in den meisten Fällen auf das Abhören ausländischer Rundfunksender zurück. Verhaftungen durch die Gestapo wurden dann notiert, wenn ihnen darüber Kenntnis vorlag. Neben den sichtbaren regimekritischen Handlungen, wie dem Verteilen von Flugblättern, dokumentierten die Verfasser in ihren Lageberichten zahlreiche Formen abweichenden Verhaltens – Handlungen, die den Normen und Erwartungen des NS-Regimes widersprachen und den leisen Widerstand im Nicht-Mitmachen sichtbar machten.

Sodann folgte die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, die zumeist anhand des zu erwartenden Ernteertrages erläutert wurde. Die anhaltende Trockenheit in den Jahren 1942 und 1943 führte zu erheblichen Ernteausfällen und hatte spürbare Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion. Zahlreiche Mühlen mussten ihren Betrieb einstellen, da ein Antrieb aufgrund des Wassermangels nicht mehr möglich war. Mehl wurde knapp. Heu und Grünfutter verzeichneten derartige Einbußen, sodass das Vieh im Winter „durchgehungert" werden musste. Der Rückgang der Fleischerträge führte zu einer Kürzung der Bezugsmenge für die Bevölkerung.

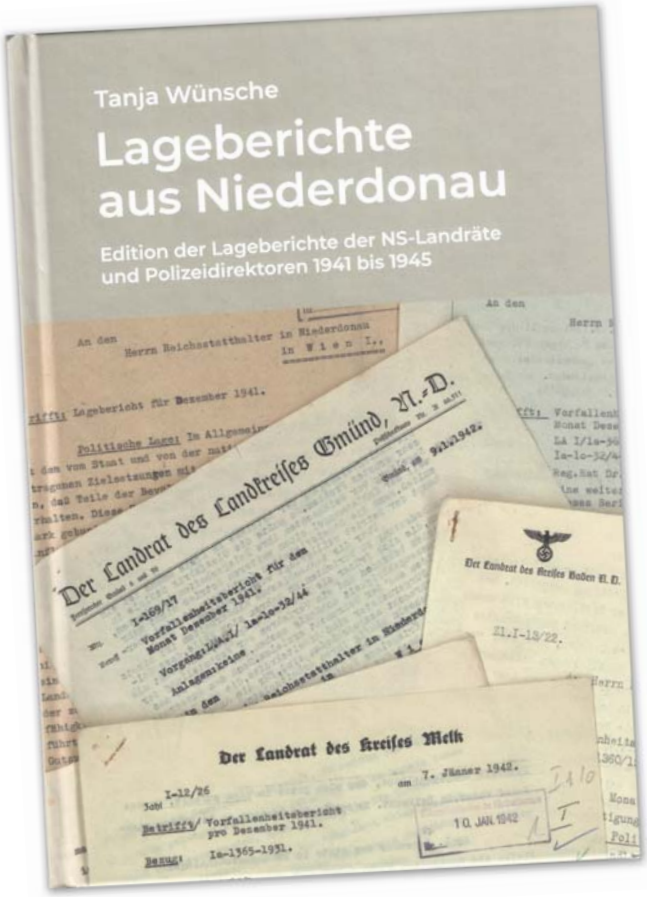
Allgemein erlauben die Lageberichte Rückschlüsse auf das Funktionieren und die Mängel in der staatlichen Kontrolle und Steuerung rationierter Lebensmittel und Bedarfsgüter. Zu diesem Zweck waren Ernährungs- und Wirtschaftsämter eingerichtet, die auf der mittleren Verwaltungsebene den Landräten und in den Kreisstädten den

Oberbürgermeistern unterstellt waren. Eine zentrale Aufgabe dieser Ämter bestand in der Ausgabe von Lebensmittelkarten, Bezugskarten und Bezugsscheinen. Die Rationierung verlief dabei nicht immer reibungslos. Häufig kam es zu Engpässen, die in der Bevölkerung zu Beschwerden führten. So schrieb der Landrat von Baden in seinem Bericht für den April 1944: „Beim Wirtschaftsamte stehen die Leute Tag für Tag Schlange und kommt es täglich zu recht unliebsamen aufregenden Szenen. Die Menge der zugewiesenen Schuhe und Textilwaren reicht kaum für einen Bruchteil der gestellten Anträge aus. Auch die Zuweisung von Geschirr, Kinderbadewannen, Herden und Öfen ist gänzlich unzureichend.“ Da sich Versorgungslücken zumeist nur durch erhebliche Anstrengungen auf lokaler Ebene überbrücken ließen, geben die Lageberichte Aufschluss über die Aufgabenbereiche sowie das Zusammenspiel zwischen den staatlichen Verwaltungsstellen und den lokalen Verantwortungsträgern – dem NSDAP-Ortsgruppenleiter, dem Ortsbauernführer und dem Bürgermeister – die gemeinsam das sogenannte „Ortsdreieck“ bildeten.

Zu ständigen Konflikten führte die den Bauern auferlegte Ablieferungspflicht eines Teils ihrer landwirtschaftlichen Produkte, die naturgemäß wenig beliebt war. Um sie zu umgehen, entwickelten sich verschiedene Strategien. Der Landrat von Zwettl berichtete im Jänner 1942 über die Hofbegehungen, die die Leistungsfähigkeit ermitteln und die Ablieferung überprüfen sollten: *„In einem Falle war ein schlachtreifes Schwein in einem Verschlag versteckt worden, der im reichlichen Maße mit Stroh zugedeckt wurde und als Strohhaufen getarnt war; nur das Grunzen des Schweines hatte seinen Standort verraten.“*

Um die Abgabe durchzusetzen, bediente sich das NS-Regime repressiver Maßnahmen. Aufgrund unzureichender Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen wurde der Gemeinde Weingraben, die – wie das gesamte nördliche Burgenland – zur Zeit des Nationalsozialismus zum Reichsgau Niederdonau gehörte, das Schlachten eigener Nutztiere untersagt. Zudem wurde der Ortsbauernführer abgesetzt und die eingesetzten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter abgezogen. Solche Beispiele verdeutlichen, welche Unterdrückungsmechanismen der NS-Staat anwandte und welche begrenzten Handlungsmöglichkeiten den Menschen blieben, die gegen Vorgaben verstießen – sei es aus politischer Überzeugung, aus Solidarität mit der Dorfgemeinschaft, aus wirtschaftlicher Not oder auch aus eigennützigen Motiven.

Schilderungen von Luftkämpfen, Fliegerangriffen und den daraus resultierenden Zerstörungen am Boden nehmen in den Lageberichten der letzten Kriegsjahre – insbesondere in jenen aus dem Industrieviertel und dem nördlichen Burgenland – großen Raum ein. Besonders eindrucksvoll veranschaulichten der Landrat und der Polizeidirektor von Wiener Neustadt die Bedrohungslage durch die Luftangriffe sowie die wachsenden organisatorischen Herausforderungen im Umgang mit deren Folgen.



Zahlreiche von der Front und vor der heranrückenden Roten Armee fliehende Zivilisten sowie die sich zurückziehenden Wehrmachtseinheiten wiesen ab Mitte 1944 deutlich auf das bevorstehende Ende des Regimes hin. Ihre Ankunft in den rückwärtigen Gebieten verschärfte die ohnehin angespannte Versorgungslage zusätzlich. Die Berichte der letzten Kriegsmonate veranschaulichen, wie sich der Zusammenbruch des NS-Regimes im Alltag spürbar machte.

Die Lageberichte aus Niederdonau bieten aufgrund ihrer thematischen Vielfalt und ihrer Kontinuität eine wertvolle Grundlage für Fragestellungen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen. Bei ihrer Verwendung als Quelle muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Berichte in einem spezifischen Entstehungskontext eingebettet sind. Die Auswahl der Themen, ihre Bewertung sowie mögliche Übertreibungen oder Beschönigungen in der Berichterstattung waren von den politisch-ideologischen Vorprägungen und Interessen der Berichterstatter beeinflusst, was sie zu subjektiv gefärbten und gefilterten Darstellungen macht. Es empfiehlt sich daher, die Inhalte mit weiteren Quellen zu den jeweiligen Berichtsgegenständen abzugleichen.

Die historisch aufschlussreichen Dokumente wurden im Auftrag des Niederösterreichischen Landesarchivs ediert, um sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Edition enthält eine Einleitung zum historischen Kontext und zur Entstehung der Berichte, quellenkritische Anmerkungen mit Hinweisen auf mögliche Forschungsperspektiven sowie ein Glossar zentraler Begriffe. Kurzbiographien der Landräte, Polizeidirektoren und ihrer Adressaten ergänzen die Quellen, während ein Orts- und Personenregister die Recherche erleichtert. Das Buch kann über das Niederösterreichische Landesarchiv (NÖLA) erworben werden.

Tanja Wünsche
Kulturvermittlerin, Historikerin, wissenschaftliche Projektmitarbeiterin

„Auf ja und nein werden die Nazis in der Regierung sein“

Die österreichische Sicherheitsexekutive 1933 –1938: Zwischen Nazifizierung, Loyalität und Opportunismus

Die Sicherheitsexekutive war in der Dollfuß-Schuschnigg-Ära der wichtigste Stützpfeiler des alles in allem stets auf schwachen Beinen stehenden Regimes. Selbst politisch anders gesinnte Beamte verhielten sich in der Regel loyal, und befolgten die ihnen erteilten Weisungen und Befehle. Aber bei genauerer Betrachtung lässt sich die gesamte Bandbreite menschlichen Verhaltens unter Gendarmen und Polizisten finden.

Nazifizierung

Wer die Literatur und den illegalen Nationalsozialismus in den Jahren 1933 bis 1938 studiert, wird auf zahlreiche Fälle dezidiert pronazistischen Verhaltens von Polizisten und Gendarmen stoßen. Das prominenteste Beispiel: Der Plan zum Putsch gegen die Regierung Dollfuß im Sommer 1934 wurde ab Mitte 1933 in den Kreisen der Alarmabteilung der Wiener Polizei entwickelt. (Der konkrete Befehl dazu ging freilich von Hitler aus.) Zahlreiche aktive Beamte der Sicherheitswache und Kriminalpolizei nahmen verdeckt oder offen am Putsch teil.

Vier Sicherheitswachebeamte, die sich an der Besetzung des Bundeskanzleramtes beteiligt hatten, wurden hingerichtet. In späteren Prozessen erhielten vier weitere führende Angehörige der Wiener Polizeidirektion, darunter der Chef des Sicherheitsbüros Hofrat Dr. Otto Steinhäusl, langjährige Kerkerstrafen. Zahlreiche Beamte flohen wegen ihrer Putschbeteiligung nach Deutschland, andere wurden gemaßregelt, pensioniert oder entlassen. Viele blieben aber auch unentdeckt oder wurden aus den verschiedensten Gründen nicht behelligt.

Auch in der Gendarmerie war pronazistisches Verhalten weit verbreitet. Es lassen sich hunderte Beispiele von Gendarmen finden, die den illegalen Nationalsozialisten zuarbeiteten, diese direkt oder indirekt unterstützten. Nehmen wir zum Beispiel den besonders krassen Fall eines Gendarmeriebeamten aus dem Salzburger Pongau. Der 1909 Geborene hatte sich bereits in jungen Jahren in rechtsextremen Kreisen betätigt, und war 1931 der NSDAP beigetreten. Er verwahrte Papierböller in seiner Postenkanzlei und stiftete junge Leute aus seiner Gemeinde zu Anschlägen, Kurier- und Spitzeldiensten für die NSDAP an. Schließlich flog die Sache auf, der illoyale Junggendarm wurde verhaftet und von einem Schöffengericht zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt. Im NS-Staat brachte es bis zum SS-Hauptsturmführer und Hauptmann der Schutzpolizei.

Loyalität

Auf der anderen Seite gab es eine beträchtliche Anzahl von Beamten, die aus innerster Überzeugung energisch gegen verbotene nationalsozialistische Aktivitäten einschritten und sich dabei so stark exponierten, dass sie nach dem „Anschluss“ der Rache der Sieger anheimfielen.

Unter den 150 Häftlingen des ersten Transports von Österreichern in das KZ Dachau, der am 1. April 1938 vom Wiener Westbahnhof abging („Prominententransport“), befanden sich nicht weniger als 24 führende Vertreter der Exekutive. Erwähnt seien der Jurist Dr. Richard Böhm, der sich mit heiklen Ermittlungen gegen Nationalsozialisten befasst hatte, der Generalinspekteur der Wiener Sicherheitswache Dr. Rudolf Manda, der Jurist Dr. Maximilian Pammer vom Staatspolizeilichen Büro der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit sowie die Gendarmerieoffiziere Josef Kimmel, Emanuel Stillfried-Rathenitz, Franz Zelburg und Franz Zenz.

Revierinspektor Hugo Lunardon – Quelle: Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv der Johann-August-Malin-Gesellschaft

Besonders schlimm war das Schicksal, das die ehemaligen Sicherheitsdirektoren Alfred Gautsch (Niederösterreich) und Ludwig Bechinie (Salzburg) erleiden mussten. Beide kamen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern ums Leben. In Linz wurden schon in den Anschlusstagen vier führende Polizeibeamten von den Nationalsozialisten ermordet, unter ihnen der Linzer Polizeidirektor Viktor Bentz.

Einfachen Beamten der Polizei und Gendarmerie, die allzu energisch gegen Nazi-Umtriebe vorgegangen waren, erging es nicht besser. Bekannt sind die traurigen Fälle des burgenländischen Bezirksinspektors Karl Halaunbrenner (ermordet im Dezember 1938 im KZ Buchen-

Kranebitter
Sohn Vater Schwager
Quelle: Sammlung Gottfried Gansinger, Ried im Innkreis

wald) und des Vorarlberger Revierinspektors Hugo Lunardon (umgekommen im März 1940 im KZ Mauthausen).

Genauere Erkenntnisse über die Zahl der nach der NS-Machtergreifung entlassenen und abgestraften Exekutivbeamten stellen ein Forschungsdesiderat dar. Aber für die Steiermark liegen aufschlussreiche Zahlen über die Maßnahmen gegen „fremdrassige und politisch unzuverlässige" Gendarmeriebeamte vor. Demnach wurden allein im Mai 1938 225 Beamte strafversetzt und bis Ende des Jahres 41 verhaftet und 19 fristlos entlassen. Weitere rund 140 Beamte wurden – unter deutlicher Kürzung ihrer Pensionen – in den Ruhestand versetzt.

Opportunismus

Die meisten Exekutivbeamte nahmen allerdings eine menschlich durchaus nachvollziehbare Haltung ein. Sie versuchten, sich angesichts der unklaren Situation möglichst neutral zu verhalten – also so, dass sie unter dem herrschenden Regime ihre Stellung behielten, aber doch nicht fürchten mussten, nach einer etwaigen Übernahme der Regierung durch die bislang verbotenen Nationalsozialisten entlassen oder gar verhaftet zu werden.

Am treffendsten beschreibt der Heimwehrführer und ehemalige Vizekanzler und Sicherheitsminister Ernst Rüdiger Starhemberg in seinen Memoiren diese Haltung. Als er einen Polizisten Mitte 1936 auf die passive Haltung der Wiener Sicherheitswache bei einer Großveranstaltung gegenüber demonstrierenden Nationalsozialisten ansprach, erwiderte ihm dieser offen: „Schauens, was sollen wir machen. Weiß mans? Auf ja und nein werden die Nazis in der Regierung sein. Weiß mans, wird ein Nazi sogar Sicherheitsminister. Und der, was sich dann gegen die Nazibuam zu stark exponiert hat, der was amal hinghaut hat, der zahlt dann drauf." Starhembergs Kommentar: „So war es in Österreich. So wie der Mann dachten 90 Prozent seiner Berufskollegen. So wie er dachte auch sein Vorgesetzter und dachten alle Vorgesetzten mit wenigen Ausnahmen bis hinauf zum Polizeipräsidenten."

Bezeichnend für das Verhalten von Beamten der Exekutive gegenüber führenden Nationalsozialisten ist ein interner Bericht des Führers der Wiener SS-Standarte 11 Josef Fitzthum. Er war wegen seiner politischen Aktivitäten mehrfach in Haft geraten und hatte dabei nähere Bekanntschaft mit zahlreichen Polizisten gemacht. 70 Prozent von ihnen seien Nationalsozialisten gewesen oder im Verlaufe der Zeit ihrer Bekanntschaft dazu geworden. Er habe mit ihnen regelrechte Schulungsstunden abgehalten und Unterstützung in einem erstaunlichen Ausmaß erfahren. Die Angaben mögen übertrieben sein, aber klar ist, dass die Polizeibeamten durchwegs wussten, mit wem sie es zu tun hatten. Und jeder Polizist konnte sich ausrechnen, dass dieser hohe SS-Führer nach einem Umbruch möglicherweise sein Vorgesetzter werden konnte. (Was tatsächlich zutraf, denn Fitzthum erlangte nach dem „Anschluss" die Position eines Vizepräsidenten der Wiener Polizei.)

Resümee

Eine Quantifizierung des Anteils von Nationalsozialisten unter den Angehörigen der Sicherheitsexekutive des Ständestaates ist schwierig, aber quellenbasiert zumindest näherungsweise möglich. Folgt man vorliegenden Untersuchungen zur Gendarmerie, dürften sich rund 20 bis 30 Prozent der Mannschaften und an die 50 Prozent der Offiziere schon vor dem März 1938 der NS-Ideologie angeschlossen oder ihr doch innerlich stark angenähert haben. Es ist kaum vorstellbar, dass es sich bei der Polizei wesentlich anders verhalten haben könnte. Die am meisten verbreitete Haltung in der Exekutive, wie überhaupt in der Beamtenschaft, war freilich eine gewisse vorsichtige Indifferenz.

Zweifellos gab es manches an der nationalsozialistischen Ideologie, das für Polizisten und Gendarmen attraktiv wirken musste: Die hierarchische Strukturierung, das strenge Denken in Kategorien von Ordnung und Autorität, Befehl und Gehorsam. Als Beamter der Exekutive konnte man im NS-Staat hoffen, eine bevorzugte, angesehene Position einzunehmen. Für ehemalige Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges, die in der Exekutive stark vertreten waren, wirkte zudem die Idee attraktiv, unter Hitlers Regime die einstige Stellung als führende Macht wieder einnehmen zu können, nicht mehr Beamter eines gedemütigten, verarmten Kleinstaates sein zu müssen. Gerade unter Offizieren, aber auch in den Mannschaften, waren deutschnationale, antisemitische Denkmuster weit verbreitet.

Im Großen und Ganzen verhielt sich die Exekutive in den Jahren der Kanzlerdiktatur 1933 bis 1938 aber loyal, und sicherte damit dem Regime das Überleben. Das zeigte sich augenfällig beim Naziputsch vom Juli 1934. ►

Freilich, kleine und größere Illoyalitäten (Wegsehen, Vorwarnen, Begünstigen etc.) waren im Sinne einer gewissen persönlichen Rückversicherung weit verbreitet. Es schien vielen Polizei- und Gendarmeriebeamten nur zu vernünftig, es sich mit den illegalen Nationalsozialisten nicht zu verscherzen. Vielmehr war man daran interessiert, sich Zeugen einer pronazistischen Gesinnung für die Zeit nach einem durchaus wahrscheinlichen politischen und gesellschaftlichen Umbruch zu sichern.

Kurt Bauer

Dieser Text basiert auf dem vom Autor verfassten Beitrag „Zwischen Loyalität, Opportunismus und Nazifizierung. Polizei und Gendarmerie im Ständestaat 1933–1938" der in dem von Barbara Stelzl-Marx u. a. herausgegebenen Band „Exekutive der Gewalt. Die österreichische Polizei und der Nationalsozialismus" (Böhlau Verlag, Wien 2024) erschienen ist. Dieses umfangreiche Sammelwerk enthält die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Inneres initiierten Forschungsprojekt „Die Polizei in Österreich: Brüche und Kontinuitäten 1938–1945", das 2022/23 durchgeführt wurde.

Ein weiteres Ergebnis dieses Projektes ist die Wanderausstellung „Hitlers Exekutive. Die österreichische Polizei und der Nationalsozialismus", die noch bis 22. Februar 2026 im Haus der Geschichte Niederösterreich in St. Pölten zu sehen ist. Weitere Ausstellungen folgen noch in Oberösterreich (Schloss Hartheim, ab 20. März 2026), Vorarlberg (Stadtmuseum Dornbirn ab Sommer/Herbst 2026) und Tirol (2027). Anschließend sind Ausstellung in einigen deutschen Städten (München, Berlin) in Planung.

Geburtstage 2025

Der Freiheitskämpfer gratuliert allen runden und halbrunden Jubilaren auf das Herzlichste.

95 Jahre
Watts Leopoldine

90 Jahre
Königswieser Dkfm. Dr. Engelbert
Schöllauf Maria Helene

85 Jahre
Beinhofer Dr. Ernst
Kastelic Dr. Gerhard
Oswald Dr. Franz
Straszniczky Helma
Wagner Manfred

80 Jahre
Kögl Alois

75 Jahre
Dvorak Fritz
Gutmann Maria
Fischer Gerhard
Paterno Margit
Ranetzky Mag. Rainer

70 Jahre
Kropac Walter
Mychalewicz Mag. Paul
Wagner Gabriele

65 Jahre
Siebenbürger Ralf
Wanker Andreas

60 Jahre
Fössl-Emberger Mag. Dr. Klaudia
Knittelfelder Mag. Günther
Mertens Mag. Christian
Scheuringer Werner
Wallner Margarete

55 Jahre
Neumayer Doris
Perzi, MAS Mag. Niklas
Weingard MMag. Dr. Arno

50 Jahre
Aichinger Gerlinde
Gimpel Sebastian
Mayrandl Mag. Michael
Rütgen Dr. Barbara

45 Jahre
Depisch Mag. Dr. Philipp
Frankl Silvio
Lutz Mag. Mariella
Kandutsch Mag. Roland
Moser, BA MA Jörg
Wallner Doris

40 Jahre
Appler Christoph
Rupek Mag. Markus
Hansl Mag. Richard
Neumayer Benedikt

VORSCHAU

Veranstaltungen 1. Halbjahr 2026

12.3.2026	Gedenkmesse in der Michaelerkirche Gedenken am Philipshof
13.3.2026	Gedenken in Floridsdorf am Spitz Gedenken am Morzinplatz Gedenken im Landesgericht
1.4.2026	Gedenken am Westbahnhof 1. Dachautransport
12.4.2026	Gedenken in Hadersdorf/Kamp und Stein/Donau
10.5.2026	Gedenkveranstaltung Mauthausen

†

Uns sind folgende Todesfälle bekannt geworden:

Landesverband Oberösterreich
Landesobmann Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer

Landesverband Steiermark
Christine Kaindlbauer
Klara Wöls
Dr. Alois Schöllauf
Liese-Lotte Schwarz

Landesverband Tirol
Josef Kurz

Landesverband Vorarlberg
Maria Gutensohn

Landesverband Wien
Brigitte Hefelle
LAbg.GR a.D. Johannes Prochaska
LAbg.GR Mag. Franz Stabler

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Chefredaktion: Mag. Paul Mychalewicz (PM)
Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK)
Organisation: Mag. Stephan Kastelic
Fotos: ÖVP Kameradschaft-Bund, Karl v. Vogelsang-Institut, Ulrike Garscha, Gemeinde Gramatneusiedl, pixabay.com
Satz/Umbruch: Tanja Pichler
Druck: druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at